

# BESCHLUSS

aus der 6. Sitzung  
des Regionalrates  
am Dienstag, 08. Dezember 2015

---

## Öffentliche Sitzung

### TOP 2:

#### Schwerpunktthema:

#### Strategische Ansätze zur gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung in Südwestfalen

**TOP 2.c: Beitrag zur Roadmap aus Sicht der Bezirksregierung**  
- Information  
Vorlage 20/04/2015

Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

1. Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.

Der Regionalrat fasst **bei sieben Enthaltungen einstimmig** folgenden **Beschluss**:

2. Der Regionalrat befürwortet den Antrag der CDU-Fraktion „Medizinische Versorgung für Südwestfalen sichern! – Medizinische Fakultät an der Universität Siegen errichten“ und macht ihn sich zu eigen (s. Anlage V).

**Sitzung des Regionalrates Arnsberg**  
am 8. Dezember 2015 in Arnsberg

**TOP 2:**

**Schwerpunktthema**

**Strategische Ansätze zur gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung in Südwestfalen**

## **Medizinische Versorgung für Südwestfalen sichern! – Medizinische Fakultät an der Universität Siegen errichten**

Die Sicherung der medizinischen Versorgung entwickelt sich in immer mehr Städten und Gemeinden Südwestfalens zu einer wachsenden Herausforderung. Im Generationswechsel freiwerdende Hausarztstellen sind in kleinen Orten und Ortsteilen immer schwerer neu zu besetzen. Das Angebot an Fachärzten nimmt zunehmend ab und auch die südwestfälischen Krankenhäuser melden immer häufiger Probleme bei der Nachbesetzung von Ärztepositionen. Hinzu kommt die Ausdünnung der Krankenhausinfrastruktur durch die Schließung von Fachabteilungen oder gar ganzen Krankenhäusern in Südwestfalen.

Diese Entwicklung, die schon längst nicht mehr auf Einzelfälle beschränkt ist, wird zu einem immer größeren Negativfaktor für die Region Südwestfalen. Denn ein Mangel in der medizinischen Versorgung wird als Verschlechterung der Lebensqualität empfunden. Dies gilt in besonderem Maße für die älteren Menschen in der Region, weil diesen die Überwindung größerer Distanzen in einem weitmaschiger werdenden Versorgungsnetz wegen abnehmender Mobilität mehr Schwierigkeiten bereitet. Im Extremfall erzwingt das Wegbrechen der hausärztlichen Versorgung im Nahbereich eine Aufgabe des von den meisten älteren Menschen favorisierten Lebensmodells eines Altwerdens in den eigenen vier Wänden.

Eine Verschlechterung der medizinischen Versorgung bedeutet aber auch einen negativ wirkenden Standortfaktor. Südwestfalen hat ein gutes Angebot zukunftsfähiger Arbeitsplätze, vergleichsweise geringe Miet- und Wohnungseigentumskosten, eine deutlich geringere Kriminalitätsrate und ein hohen Freizeitwert direkt vor der Haustür. Das sind gute Argumente beim Wettbewerb um Fachkräfte. Diese Vorteile können aber durch eine sich zunehmend verschlechternde medizinische Versorgung in ihrer Wirkung konterkariert werden.

Die Städte und Gemeinden Südwestfalens haben längst erkannt, welche Folgen eine Verschlechterung der medizinischen Versorgung für die Zukunftsfähigkeit Südwestfalens hat. So ergibt sich aus der vorgelegten Untersuchung der Sozialforschungsstelle an der TU Dortmund, dass in nicht weniger als 21 südwestfälischen Kommunen eine Gefährdung der hausärztlichen Versorgung droht; in weiteren elf Gemeinden wird demnach die gleiche Situation mittelfristig eintreten. Die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung stellt deshalb auch nach Einschätzung der Städte und Gemeinden Südwestfalens die bedeutendste Zukunftsherausforderung mit Blick auf das Gesundheitswesen dar.

Die südwestfälischen Kommunen beschränken sich aber nicht nur auf eine Problemanalyse. Sie arbeiten zusammen mit anderen Akteuren des Gesundheitswesens auch an unterschiedlichen Lösungsmodellen zumeist auf Kommunal- tlw. auch auf Kreisebene, mit denen einer Verschlechterung der medizinischen Versorgung in Südwestfalen entgegengewirkt wird.

Es ist ein besonderer Verdienst der Roadmap, für deren Vorlage der Regionalrat Arnsberg der Sozialforschungsstelle ausdrücklich dankt, diese Lösungsansätze nicht nur vorzustellen, sondern auch hinsichtlich ihrer Wirksamkeit zu bewerten und daraus und aus den anderen Erkenntnissen der Untersuchung konkrete Handlungsempfehlungen für Südwestfalen zu entwickeln.

Der Regionalrat fordert Kommunen, Kreise und alle anderen relevanten Akteure im Gesundheitswesen auf, sich vor dem Hintergrund dieser Handlungsempfehlungen gemeinsam um eine Weiterentwicklung bereits bestehender und neuer Lösungsansätze zur Begrenzung negativer Auswirkungen auf die medizinische Versorgung in Südwestfalen zu bemühen.

Der Regionalrat begrüßt es, wenn die durch die Untersuchung erreichte Transparenz über die kommunalen und regionalen Aktivitäten nicht nur eine "Momentaufnahme" bleibt, sondern in der Region Mechanismen etabliert werden, die auch weiterhin einen Informations- und Erfahrungsaustausch hierzu sicherstellen. Neben den fünf südwestfälischen Kreisen kann sich wegen der Strukturelevanz des Themas "medizinische Versorgung" der Regionalrat auch die Bezirksregierung als zusätzlichen Akteur bei dieser Koordinierungsaufgabe vorstellen.

Trotz dieser Bemühungen in und aus der Region bleibt es leider ein Fakt, dass es zunehmend schwieriger wird, Ärzte sowohl im Haus- und Facharztbereich, aber auch für den Krankenseinsatz in Südwestfalen zu gewinnen.

Ursächlich hierfür ist zum einen, dass die Zahl der Medizin-Studenten deutlich rückläufig (von WS 92/93 bis WS 11/12 -21,5 Prozent) ist, sondern gleichzeitig der Ärztebedarf durch verbindliche Arbeitszeitregelungen, höheren Frauenanteil bei den Ärzten etc. schon bei der Aufrechterhaltung des bisherigen Versorgungsniveaus deutlich steigt. Gleichzeitig wächst aber infolge des Demographischen Wandels der Bedarf an Leistungen aus dem medizinischen und pflegerischen Bereich.

Der Regionalrat stellt vor diesem Hintergrund fest, dass sich trotz gegenteiliger Aussagen von Kassenärztlichen Vereinigungen und Landesregierung deutlich zu wenig Studenten in der Medizinausbildung befinden, um den erkennbaren Ersatzbedarf für ausscheidende Ärzte zu decken.

Ein weiteres Problem ergibt sich für Südwestfalen aus der räumlichen Ferne der Universitätsstandorte mit Medizinausbildung zu Südwestfalen. Von 34 Hochschulstandorten mit Medizinausbildung bundesweit befinden sich sieben staatliche Universitäten in NRW, davon fünf im Rheinland (Aachen, Bonn, Düsseldorf, Essen, Köln) und nur zwei in Westfalen (Bochum, Münster). Hinzu kommt die private Hochschule Witten-Herdecke.

Die räumliche Ferne dieser Studienorte erschwert die Anwerbung von Jungmedizinern für Südwestfalen erheblich. Deshalb unterstützt der Regionalrat Arnsberg nachdrücklich die Forderung aus der Region, an der Universität Siegen eine medizinische Fakultät einzurichten.

Mit der Einrichtung einer medizinischen Fakultät an der Universität Siegen würde nicht nur dem bisher bestehenden Ungleichgewicht der medizinischen Studiengänge zwischen den Universitätsstandorten im Rheinland und in Westfalen, sondern auch der durch die bisherigen Studienorte induzierten Vorprägung der in Ausbildung befindlichen Mediziner auf großstädtische Arbeitsstandorte entgegengewirkt. Zudem ergäbe sich speziell für Südwestfalen die Chance, durch eine medizinische Ausbildung in Siegen einen "Klebe-Effekt" für eine spätere berufliche Tätigkeit in der Region zu erzielen.

Für die Einrichtung eines medizinischen Studiengangs in Siegen setzt sich nicht nur die Universität selbst ein. Auch bei der Ärztekammer Westfalen-Lippe, den Krankenhäusern und den Kommunen in der Region findet ein solcher Gedanke deutliche Unterstützung. Ebenso ist die Landesregierung aufgefordert, diese Aktivitäten vorbehaltlos zu unterstützen!

Der Regionalrat erwartet von der Bezirksregierung Arnsberg im Rahmen ihrer Möglichkeiten eine Unterstützung bei den Bemühungen um die Einrichtung eines Medizin-Studiengangs an der Universität Siegen.



# Bezirksregierung Arnsberg

## Geschäftsstelle des Regionalrates

E-Mail-Adresse: geschaeftsstelle.regionalrat@bra.nrw.de

Telefon: 02931/82-2341 oder -2324 Fax: 02931/82-46177

Vorlage:		20/04/2015	
Beratungsfolge:	Termin:	TOP:	Berichterstattung:
Strukturkommission	24.11.2015	3	AD Müller
Regionalrat	08.12.2015	2.c	AD Müller
Bearbeitung:	LRD Nölke		

### Schwerpunktthema:

**Strategische Ansätze zur gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung in Südwestfalen;  
Beitrag zur Roadmap aus Sicht der Bezirksregierung**

- Information

### Beschlussvorschlag:

Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.

**Sachdarstellung:**

Die Sozialforschungsstelle der Universität Dortmund hat eine „Roadmap zur gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung in Südwestfalen“ erstellt. Die Autorinnen werden dazu vor dem Regionalrat vortragen.

Die Aufgabenstellung der Bezirksregierung Arnsberg wird durch diese Roadmap sowie die darin aufgeführten Empfehlungen nur am Rande gestreift; keine der hiesigen Aufgabenstellungen unterliegt der gesetzlich geregelten Mitwirkung des Regionalrates. Dies gilt sowohl für die Krankenhausplanung wie auch für die Zuständigkeiten in Bezug auf die ärztlichen und nichtärztlichen Heilberufe oder die Aufgabenstellungen im Bereich „Soziales“.

Zu den Ergebnissen der Sozialforschungsstelle kann daher keine abschließende Stellungnahme abgegeben werden. Die in dem Memorandum dargestellten Leitlinien für die weitere Entwicklung der Gesundheitsversorgung in Südwestfalen erscheinen jedoch angemessen. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Empfehlungen betreffend die sektorenübergreifende Vernetzung von Medizin, Pflege und Rehabilitation, den Einsatz moderner Führungsinstrumente zur Gewinnung und Bindung medizinischen und pflegerischen Personals in der Region sowie der systematischen Verbesserung von Unterstützungsleistungen für ältere Menschen in den Städten und Gemeinden durch mehr Nutzung und Koordination von Synergieeffekten.

Das Fazit, dass Südwestfalen durchaus innovative Versorgungslösungen zu bieten habe, die im Rahmen regelmäßiger Erfahrungsaustausche der Akteure untereinander bekannter gemacht werden müssten, kann aus hiesiger Sicht uneingeschränkt unterstützt werden.

Allerdings ist dies angesichts der gesetzlichen Zuständigkeitsregelungen keine Aufgabe, die von der Bezirksregierung fachlich oder gar federführend begleitet werden kann.